

BUNDESTAG AKTUELL

Andreas Mattfeldt MdB

OSTERHOLZ VERDEN

Berlin, 11. November 2011

Mehrgenerationenhäuser in Dörverden und Osterholz-Scharmbeck bleiben

In der vergangenen Woche habe ich erfahren, dass mein Einsatz für beide Mehrgenerationenhäuser in meinem Wahlkreis Erfolg hatte: Die Bundesmittel sind für 2012 gesichert.

Im nächsten Jahr erhalten die Häuser 30.000 Euro aus dem Bundeshaushalt und 10.000 Euro müssen in Form von finanziellen oder Sachmitteln durch die Kommunen beigesteuert werden. Deshalb gilt mein Dank auch der Gemeinde Dörverden und der Stadt Osterholz-Scharmbeck, die die Mehrgenerationenhäuser aus dem Gemeindehaushalt unterstützen. Die Mehrgenerationenhäuser können im Herbst einen Zuwendungsantrag stellen und erhalten dann – sobald der Bundestag Ende November den Haushalt für 2012 bewilligt hat – den Bewilligungsbescheid.

Die Mehrgenerationenhäuser in Dörverden und Osterholz-Scharmbeck werden seit 2007 mit Bundesmitteln gefördert und haben somit die maximal mögliche fünfjährige Förderung erhalten. Durch die Aufnahme in das Aktionsprogramm II schließt sich für die Häuser eine nahtlose Förderung an.

Beide Mehrgenerationenhäuser leisten hervorragende Arbeit. Diese Arbeit wird mit der Fortsetzung der Bundesförderung honoriert. Deshalb habe ich mich in diversen Gesprächen bei Bundesfamilienministerin Kristina Schröder als für ihren Etat zuständiger Haushaltspolitiker für die Weiterfinanzierung eingesetzt. Ich freue mich auf die weiterhin gute Zusammenarbeit mit den beiden Mehrgenerationenhäusern.

Längste Sitzung des Jahres liegt hinter mir

Gestern hieß es für uns Haushalter, alle Kräfte zu bündeln, denn es stand die längste Sitzung des Jahres an. Von mittags an fand die sogenannte Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses, dem ich angehöre, statt und dauerte bis 3 Uhr. In dieser Sitzung wurde der Bundeshaushalt 2012 abschließend im Haushaltsausschuss beraten. Endgültig verabschiedet wird er in der übernächsten Woche vom Plenum des Deutschen Bundestages. Darauf freue ich mich natürlich auch schon, denn ich werde dann wieder vor dem deutschen Parlament sprechen können. Mir macht das sehr viel Spaß, besonders wenn ich die Opposition ein wenig reizen kann und eine richtig aktive Debatte entsteht.



Wir hatten wieder mit allen Themenfeldern zu tun und alle Minister waren anwesend, um unsere Fragen zu ihrem Etat zu beantworten. Auch Bundesfamilienministerin Kristina Schröder, für deren Etat ich zuständig bin, war anwesend. Da die Bereinigungssitzung bis 3 Uhr gedauert hat, hat mich Ministerin Schröder darum gebeten, ihren Etat früh auf die Tagesordnung setzen zu lassen. Diesem Wunsch bin ich natürlich gerne nachgekommen, denn wir alle sind ja um Familienfreundlichkeit bemüht.

Insgesamt halte ich derartig lange Sitzungen überhaupt nicht für sinnvoll, denn wir alle gehen dort an unsere körperlichen und geistigen Grenzen der Leistungsfähigkeit. Kein Mensch dieser Welt ist mitten in der Nacht noch richtig aufnahmefähig. Ich bin froh, dass dieser Sitzungsmarathon jetzt hinter mir liegt.

Aufschwung ausbauen – Koalition stärkt Wachstumskräfte

Deutschland ist stark aus der Wirtschafts- und Finanzkrise herausgekommen. Auch in diesem Jahr hat sich unsere Wirtschaft gut entwickelt. Das Bruttoinlandsprodukt wird voraussichtlich um knapp drei Prozent wachsen. Die Arbeitslosigkeit ist auf dem geringsten Stand seit 20 Jahren. Möglich geworden ist diese Entwicklung durch eine beeindruckende Gemeinschaftsleistung von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Politik. In der Krise hat dieses Land zusammengehalten. Nun geht es darum, die Grundlagen unseres Erfolges auszubauen. Aus diesem Grund hat sich die Koalition auf folgende Punkte verständigt:

Steuersenkungen: Es waren die Arbeitnehmer, die den Aufschwung möglich gemacht haben – mit Fleiß, Pflichtbewusstsein und auch durch den Verzicht auf Lohnerhöhungen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen jetzt auch an der Aufschwungsdividende teilhaben. Dabei hat die Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen für uns Vorrang. Dies erreichen wir durch eine Anhebung des steuerfreien Existenzminimums, eine entsprechende Tarifverschiebung und indem wir einen Ausgleich für die verdeckte Steuererhöhungen schaffen, die sich aus der Lohn- und Preisentwicklung ergeben. In zwei Schritten, zum 1. Januar 2013 und zum 1. Januar 2014, werden wir die inflationsbedingten Steuermehreinnahmen im Volumen von insgesamt rund sechs Milliarden Euro an die Bürgerinnen und Bürger zurückgeben. Die Entlastungswirkung wird in 2013 zwei und in 2014 weitere vier Milliarden Euro betragen.

Pflegeversicherung: Der Pflegebegriff konzentriert sich heute noch zu sehr auf körperliche Einschränkungen und benachteiligt damit Menschen, die an Demenz erkrankt sind. Sie brauchen weniger medizinische Pflege im engeren Sinn als vielmehr Betreuung und Hilfe im Alltag. Zukünftig sollen deshalb allgemeine Betreuungsleistungen, die sich insbesondere an Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz richten, ebenfalls Bestandteil der Pflegeversicherungsleistungen sein. Hierzu werden wir den Beitragssatz um 0,1 Prozentpunkte zum 1. Januar 2013 anheben. Darüber hinaus ist die private Vorsorge ein wichtiger Baustein für die persönliche Absicherung in der Zukunft. Wir werden deshalb die Menschen dabei unterstützen und die freiwillige private Vorsorge für Leistungen bei Pflegebedürftigkeit zusätzlich zum heutigen System der kapitalgedeckten Altersvorsorge ebenfalls ab dem 1. Januar 2013 steuerlich fördern.

Familienpolitik: Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten und Grünen geht es uns in CDU und CSU in der Familienpolitik nicht um die Festbeschreibung eines bestimmten Lebensmodells. Wir wollen Familien nicht auf ein bestimmtes Verhalten festlegen, sondern wirkliche Wahlfreiheit schaffen. Aus diesem Grund werden wir ab dem Jahr 2013 als zusätzliche Anerkennungs- und Unterstützungsleistung ein Betreuungsgeld in Höhe von zunächst 100 Euro für das zweite und ab dem Jahr 2014 in Höhe von 150 Euro für das zweite und dritte Lebensjahr des Kindes einführen.

Fachkräftemangel: Der Mangel an Fachkräften gefährdet langfristig die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und stellt schon heute in manchen Bereichen ein wesentliches Wachstumshindernis dar. Fehlen Fachkräfte, geht Wohlstand verloren. In den Landkreisen Verden und Osterholz bereitet der Fachkräftemangel den Unternehmen bereits jetzt Probleme. Deshalb wollen wir die Attraktivität des deutschen Arbeitsmarktes für Hochqualifizierte aus dem Ausland steigern. Damit sie leichter nach Deutschland kommen können, haben wir uns auf die Einführung einer „blue card“ verständigt. Außerdem wird die Gehaltsschwelle für die Erlangung einer unbefristeten Niederlassungserlaubnis von derzeit 66.000 auf 48.000 Euro abgesenkt. Dabei ist für uns klar: Eine Zuwanderung in unsere sozialen Sicherungssysteme darf es nicht geben. Deshalb soll die unbefristete Niederlassungserlaubnis erlöschen, wenn innerhalb der ersten drei Jahre ein Sozialtransferbezug entsteht.

Infrastruktur: Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit gehört auch die Einsicht, dass Deutschlands Wirtschaft zunächst und vor allem auf einer industriellen Grundlage ruht. Diese ist untrennbar mit einer leistungsstarken Infrastruktur verbunden. Deshalb werden wir zusätzlich eine Milliarde Euro in die Verkehrsinfrastruktur unseres Landes investieren. Diesen Vorschlag habe ich in die Haushaltsberatungen eingebracht und ich freue mich, dass er nun realisiert wird.

Büro Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227-71322
Fax: 030/227-76932

Email: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Tatjana Range